



2020/17 Inland

<https://ads.jungle.world/artikel/2020/17/femizide-sind-kein-einzelfall>

Deutsche Behörden wollen nicht von Femiziden sprechen

Femizide sind kein Einzelfall

Kommentar Von **Anna Kow Barbara Schnalzger**

In der Berichterstattung über die Tötung einer Frau in Leipzig steht die Herkunft des mutmaßlichen Täters im Vordergrund. Wichtig wäre stattdessen, solche Taten endlich als Femizide zu benennen und politisch zu bekämpfen.

Am 8. April wurde im Leipziger Auwald eine Frau angegriffen und schwer am Kopf verletzt. Zwei Tage später starb sie im Krankenhaus. Ihr Baby, das sie bei sich hatte, blieb unverletzt. Mutmaßlicher Täter ist ihr ehemaliger Partner, der mittlerweile in Untersuchungshaft sitzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Mordes, ein möglicher Stalking-Hintergrund wird derzeit geprüft.

In den ersten Berichten über die Tat gingen Medien vor allem auf den Migrationshintergrund des mutmaßlichen Täters ein. Bild tat das in gewohnt reißerischer Manier, die Leipziger Volkszeitung gab sich etwas gemäßiger in der Wortwahl. Was die bisherige Berichterstattung jedoch völlig verfehlte, war, ein genaueres Verständnis der Tat und ihrer Spezifik zu vermitteln. Die Tat wäre in den Kontext männlicher Gewalt gegen Frauen einzuordnen und als Femizid zu benennen: die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Dafür spielt nicht in erster Linie die Herkunft oder Nationalität des Täters eine Rolle, sondern das hierarchische Geschlechterverhältnis, das allen Fortschritten hinsichtlich formaler Gleichstellung und neoliberaler Rollenflexibilität zum Trotz nach wie vor konstituierendes Element der Gesellschaft ist.

Doch im deutschen Recht und auch im gesellschaftlichen Diskurs wird der Tatbestand des Femizids nicht als solcher benannt, reflektiert und geahndet. Ähnlich wie es bei rassistischen Gewalttaten oft der Fall ist, werden die Taten oft als tragische Einzelfälle dargestellt, was ein strukturelles Problem verschleiert und es erschwert, dieses konsequent aufzuarbeiten und zu bekämpfen.

2018 zählte das Bundeskriminalamt (BKA) 118 weibliche Opfer von »vollendetem Mord oder Totschlag« und vier von »schwerer Körperverletzung mit Todesfolge« im Zusammenhang mit Partnerschaften und ehemaligen Partnerschaften. Das bedeutet, dass hierzulande etwa jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder ehemaligem Partner ermordet wird. Frauenmorde außerhalb von Partnerschaften sowie Tötungsversuche, die als schwere Körperverletzung eingeordnet werden, tauchen hier nicht auf. Die Kampagne #KeineMehr macht außerdem darauf aufmerksam, dass Transfrauen in der Statistik des BKA nicht erfasst werden – was angesichts der spezifischen Gewaltbedrohung, der Transfrauen ausgesetzt sind, besonders

perfidie erscheint.

Die gesellschaftliche und politische Reaktion missachtet die Drastik der genannten Zahlen. In der Berichterstattung werden Frauenmorde entweder durch die Bezeichnung als »Ehrenmord« zum primär kulturellen Problem erklärt und rassifiziert, oder, wenn ein Deutscher tötet, als Eifersuchts- oder Familiendrama und Beziehungstat entpolitisiert und verharmlost. Letzterem liegt eine von Feministinnen schon vor Jahrzehnten skandalisierte Vorstellung des Privaten als unpolitischem Bereich zugrunde. Das Fatale an patriarchaler Gewalt ist jedoch gerade, dass sie zu einem Großteil im scheinbar Privaten stattfindet, in intimen und familiären Beziehungen, zu Hause. Das angeblich sichere Heim ist für Frauen und LGBTI noch nie sicher gewesen. Während der Tatbestand des Femizids in vielen lateinamerikanischen Ländern bereits in die Strafgesetzgebung aufgenommen wurde, will die Bundesregierung ihn nicht anerkennen, geschweige denn ins Strafrechtssystem einführen. Der Begriff, wie ihn die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in der Istanbul-Konvention definiert, sei nicht klar genug gefasst. Zudem genüge der deutsche Mordparagraph, eine weitere Ausdifferenzierung sei nicht nötig.

Doch würde die amtliche Verwendung der Kategorie dabei helfen, Femizide als das zu erkennen, was sie sind: die extreme Zuspitzung patriarchaler Gewalt an Frauen und LGBTI, die von sexueller Belästigung über Stalking und Vergewaltigung bis hin zu Mord reicht. Schlechte Entlohnung von Frauen(berufen), sexistische Körpernormierungen und tumbe Geschlechterklischees tragen dazu bei, die Herabsetzung von Frauen und LGBTI zu naturalisieren und ein Klima zu erhalten, in dem misogynie, homophobe und transfeindliche Gewalt verharmlost und damit toleriert wird – bis hin zum Femizid.

Wer von geschlechtsbasierter Gewalt betroffen ist, kann sich in Deutschland an das Hilfetelefon »Gewalt gegen Frauen« wenden. Unter der Nummer 08000 116 016 und online unter hilfetelefon.de erhalten Betroffene, Angehörige und Freundinnen rund um die Uhr anonyme und kostenfreie Unterstützung.